



## Wahlprüfsteine zur Frauen- und Gleichstellungspolitik in Baden-Württemberg – AWO-Frauen\*Netzwerk-Württemberg

Mit gezielten Fragen an **Kandidatinnen** aller demokratischer Parteien in den vier Stuttgarter Wahlbezirken setzt sich das AWO-Frauen\*Netzwerk- Württemberg dafür ein, den Frauenanteil im Landtag bei der Wahl am 08. März 2026 zu erhöhen und Frauen- und Gleichstellungspolitik stärker in den Fokus zu rücken.

### Fragen und Antworten

#### Mersedeh Ghazaei – Die Linke – Wahlbezirk I

##### **AWO: Bereich Arbeit und Familie**

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie/Carearbeit ist besonders für Frauen eine große Herausforderung und ein großes Spannungsfeld. Von Seiten der Politik und Kommunen ist es daher unerlässlich die Rahmenbedingungen zu verbessern. Die notwendigen Anforderungen sind ja bekannt, trotzdem ist sind die Kitas und Schulen noch immer viel zu unzuverlässig, um einer geregelten Arbeit nachzugehen.

##### **Frage:**

*Wie wollen Sie zukünftig die Verlässlichkeit der Kitas/Schulen verbessern, damit es für Frauen zuverlässig möglich ist ihre Berufstätigkeit mit der Carearbeit/Kindererziehung in der Familie gut miteinander zu verbinden?*

##### **Antwort:**

Die aktuelle Situation der Kinderbetreuung in Baden-Württemberg bezeichnen wir als „Kitastrophe“, die dringend beendet werden muss, da fehlende Plätze und verkürzte Öffnungszeiten vor allem Mütter aus dem Berufsleben drängen. Wir fordern die konsequente Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz in Wohnortnähe ab dem ersten Lebensjahr sowie eine kostenlose Ganztagsbetreuung inklusive Verpflegung. Um die Verlässlichkeit zu garantieren, müssen wir den Personalmangel beheben: Wir wollen beitragsfreie staatliche Ausbildungsplätze ausbauen, Hilfskräfte kostenlos nachqualifizieren und bessere Arbeitsbedingungen schaffen, wie etwa zwei Stunden bezahlte Vor- und Nachbereitungszeit pro Tag für Fachkräfte. Zudem fordern wir ein Recht auf Freistellung für

Eltern bei spontanen Schließungen oder fehlenden Plätzen sowie einen Entgeltersatz, wenn Eltern wegen fehlender Betreuung nicht arbeiten können. Im Schulbereich setzen wir uns für die kostenfreie Ganzttagsschule ein, insbesondere den Ausbau der rhythmisierten Ganztagesgrundschule mit Rechtsanspruch auf einen Platz, um Planungssicherheit für Familien zu schaffen.

## **AWO: Politische Verantwortung auf Landesebene – Istanbulkonvention – Frauenhäuser – Bezahlbarer Wohnraum**

### **1. Umsetzung der Istanbul-Konvention:**

Die Istanbul-Konvention verpflichtet Bund und Länder zu umfassenden Maßnahmen zum Schutz von Frauen vor Gewalt.

#### **Frage:**

*Welche konkrete politische Verantwortung sehen Sie für sich als Landtagsabgeordnete bei der Umsetzung der Istanbul-Konvention. Welche Maßnahmen wollen Sie im Landtag aktiv voranbringen oder unterstützen?*

#### **Antwort:**

Der Schutz vor Gewalt darf keine freiwillige Leistung der Kommunen sein, die in Krisenzeiten eingespart wird. Wir wollen die unsichere Finanzierung landesweit beenden und die Umsetzung der Istanbul-Konvention des Europarats sicherstellen. Dazu fordern wir einen baden-württembergischen Aktionsplan gegen häusliche Gewalt. Wir setzen uns für den bedarfsgerechten Ausbau von Frauen- und Kinderschutzhäusern gemäß den Standards der Konvention ein. Zudem müssen Femizide auf Landesebene realistisch erfasst werden.

### **2. Landesweit gleiche Finanzierung von Frauenhäusern:**

Frauenhäuser sind ein zentraler Bestandteil des Gewaltschutzes, ihre Finanzierung ist jedoch regional sehr unterschiedlich geregelt.

#### **Frage:**

*Welche Verantwortung trägt das Land aus Ihrer Sicht für eine verlässliche, landesweit gleiche Finanzierung von Frauenhäusern? Wie wollen Sie sich hierfür parlamentarisch einsetzen?*

#### **Antwort:**

Das Land trägt die Verantwortung für eine verlässliche, einzelfallunabhängige Finanzierung. Wir wollen weg von der Abhängigkeit von kommunalen Kassenlagen oder Tagessätzen. Wir fordern ausreichend Plätze in Frauen- und Kinderschutzhäusern sowie Wohnprojekten und deren verlässliche Finanzierung durch das Land.

### **3. Bezahlbare Anschlussunterbringung nach dem Frauenhausaufenthalt – Bezahlbarer Wohnraum:**

**Viele von gewaltbetroffenen Frauen\* und ihre Kinder finden nach dem Aufenthalt im Frauenhaus keinen bezahlbaren Wohnraum.**

#### **Frage:**

*Welche politischen Entscheidungen auf Landesebene halten Sie für notwendig, um eine verbindliche und bezahlbare, sichere Anschlussunterbringung nach der Erstaufnahme im Frauenhaus zu gewährleisten.*

**Antwort:**

Um den Übergang aus Frauenhäusern in eigenen Wohnraum zu sichern, fordern wir, dass Kommunen Benennungs- und Belegungsrechte erhalten, um besondere Bedarfsgruppen schneller unterbringen zu können. Zudem setzen wir auf das „Housing First“-Konzept: Wohnungslose Menschen, wozu auch Frauen in Notunterkünften zählen können, müssen dauerhaften Wohnraum erhalten.

**Frage:**

*Und welche politischen Instrumente werden Sie einsetzen zur Sicherung von bezahlbarem Wohnraum, insbesondere für Familien und Alleinerziehende mit geringeren Einkommen?*

**Antwort:**

Wir wollen den Mangel an bezahlbarem Wohnraum durch die Gründung einer Landeswohnbaugesellschaft bekämpfen, die selbst baut und kommunale Gesellschaften unterstützt. Wir fordern ein Sondervermögen „Soziales Wohnen“ in Höhe von 18 Milliarden Euro für öffentliche und gemeinnützige Bauvorhaben. Außerdem setzen wir uns für eine gesetzliche Deckelung der Sanierungsumlage ein, damit energetische Sanierungen nicht zu Verdrängung führen.

**AWO: Pflege stärken– Versorgung sichern****1.) In Baden- Württemberg werden über 2/3 der Pflegebedürftigen nach SGBXI im häuslichen Umfeld versorgt:****Frage:**

*Welche Maßnahmen würden Sie ergreifen, um die Pflege im häuslichen Umfeld zu stärken?*

**Antwort:**

Wir stärken die häusliche Pflege durch einen Systemwechsel hin zur Solidarischen Pflegevollversicherung, die alle pflegebedingten Kosten übernimmt und Familien finanziell entlastet. Unser Konzept der „Sorgenden Städte“ sieht öffentliche Sorgezentren in jedem Ort vor, um Beratung und Unterstützung direkt im Wohnumfeld zu sichern. Pflegende Angehörige wollen wir massiv unterstützen: durch sechs Wochen bezahlte Freistellung im Akutfall, zusätzliche Rentenpunkte und einen eigenen Urlaubsanspruch. Zudem müssen ambulante Dienste sowie Tages- und Kurzzeitpflegeplätze massiv ausgebaut werden. Die Ausbeutung in der „24-Stunden-Pflege“ beenden wir durch reguläre Arbeitsverhältnisse und soziale Absicherung.

**2.) Die meisten Pflegebedürftigen, die zuhause gepflegt werden, werden von ihren Angehörigen versorgt, die diese oft weit über ihre Kräfte gehende Arbeit verrichten:****Frage:**

*Wie können Angehörige in der häuslichen Pflege gestärkt und unterstützt werden?*

**Antwort:**

Wir wollen pflegende Angehörige finanziell absichern und durch eine starke kommunale Infrastruktur entlasten. Zentral ist die Einführung einer Solidarischen Pflegevollversicherung, die alle pflegebedingten Kosten deckt und Eigenanteile abschafft. Wir fordern sechs Wochen bezahlte Freistellung bei akuten Pflegefällen sowie Lohnersatzleistungen und Rentenpunkte für die Pflegezeit zur Vermeidung von Altersarmut.

*Vor Ort setzen wir auf das Konzept der „Sorgenden Kommunen“: Öffentliche Sorgezentren sollen Beratung und Austausch direkt im Quartier bieten. Zudem müssen Tages- und*

*Kurzzeitpflegeplätze massiv ausgebaut werden, um Auszeiten zu ermöglichen. Pflegende Angehörige brauchen zudem einen Anspruch auf Erholungsurlaub.*

### **3.) Eine Frage aus der Bundespolitik – Im letzten Herbst hat die Bundespolitik laut über die Abschaffung vom Pflegegrad I diskutiert:**

**Frage:**

*Welche Haltung haben Sie dazu?*

**Antwort:**

*Wir lehnen jede Streichung von Leistungen strikt ab. Unser Ziel ist eine Solidarische Pflegevollversicherung, die alle pflegebedingten Kosten deckt, damit keine Leistung aus Kostengründen verweigert wird. Statt den Pflegegrad 1 in Frage zu stellen, fordern wir explizit Verbesserungen in diesem Bereich: Pflegende Angehörige sollen auch im Pflegegrad 1 Rentenansprüche erwerben, um ihre eigene Altersarmut zu verhindern.*

*Wir setzen uns für den Ausbau der Unterstützung ein, etwa durch ein flexibles Entlastungsbudget und mehr Kurzzeitpflegeplätze. Eine Abschaffung des Pflegegrads 1 widerspricht unserem Grundsatz, Pflegebedürftige und ihre Angehörigen nicht im Stich zu lassen.*

### **AWO: Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine zentrale Voraussetzung für echte Gleichstellung. Aus Sicht der Arbeiterwohlfahrt Württemberg stehen dabei die Werte soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Gleichheit und Chancengleichheit im Mittelpunkt. Noch immer tragen Frauen den Großteil der unbezahlten Sorgearbeit und sind dadurch häufiger von Teilzeit, Einkommensnachteilen und Altersarmut betroffen. Eine verlässliche Infrastruktur, gute Arbeitsbedingungen und eine aktive Gleichstellungspolitik sind entscheidend, damit Frauen in Baden-Württemberg selbstbestimmt arbeiten, Familienverantwortung übernehmen und wirtschaftlich abgesichert leben können.

**Frage:**

*Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um den Ausbau qualitativ hochwertiger und verlässlicher Ganztagsbetreuung (Kita und Schule) in Baden-Württemberg sicherzustellen?*

**Antwort:**

*Wir wollen die Gebührenfreiheit von der Kita über die Ganztagsbetreuung bis zur Universität durchsetzen. Im Kitabereich setzen wir auf den massiven Ausbau von Ausbildungsplätzen und die Verbesserung des Betreuungsschlüssels (kleine Gruppen), um die Qualität zu sichern. Für den Schulbereich fordern wir den Ausbau der Ganztagschulen mit Zusatzförderung und externen Angeboten aus Sport, Spiel und Kultur. Wir wollen das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern abschaffen, um eine bessere Finanzierung dieser Aufgaben sicherzustellen. Zudem müssen Bildung und Betreuung inklusiv gestaltet sein, was den Einsatz professioneller Inklusionsfachkräfte erfordert.*

**Frage:**

*Wie wollen Sie die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in Berufen in Bildung, Erziehung und Pflege verbessern, um Fachkräfte zu gewinnen, zu halten und gleichzeitig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken?*

**Antwort:**

Wir fordern eine faire Bezahlung und eine Aufwertung sozialer Berufe. Im Landesdienst darf es keine Befristungen mehr geben und soziale Berufe gehören höher eingruppiert. In der Pflege setzen wir uns für 500 Euro mehr Grundgehalt sowie allgemeinverbindliche Tarifverträge ein. Wir wollen die Arbeitsbedingungen in der Altenpflege so verbessern, dass eine menschenwürdige Versorgung möglich ist. In den Kitas fordern wir mehr Personal, auch für Hauswirtschaft und Verwaltung, sowie bezahlte Vor- und Nachbereitungszeiten. Um Fachkräfte zu gewinnen, wollen wir eine Ausbildungs Offensive starten, Schulgeld in der Ausbildung abschaffen und eine angemessene Ausbildungsvergütung sicherstellen.

**Frage:**

*Welche Initiativen beabsichtigen Sie, um eine gerechtere Verteilung von Sorge- und Pflegearbeit zwischen Frauen und Männern zu fördern, etwa durch arbeitsmarkt-, familien- oder gleichstellungspolitische Instrumente?*

**Antwort:**

Wir wollen Geschlechterstereotypen in der Sorgearbeit aufbrechen und diese Arbeit als systemrelevant anerkennen. Ein zentraler Hebel ist für uns die Arbeitszeit: Wir setzen uns für eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ein, hin zu einer „vollzeitnahen Teilzeit“ für alle Geschlechter (z.B. 30-Stunden-Woche oder Vier-Tage-Woche). Dies ermöglicht Männern mehr Zeit für Sorgearbeit und Frauen eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit. Zudem wollen wir das Ehegattensplitting durch eine Individualbesteuerung ersetzen, um Fehlanreize für die Erwerbstätigkeit von Frauen zu beseitigen. Wir fordern auch, dass jedem Elternteil nicht übertragbare Elterngeldmonate eingeräumt werden, um die partnerschaftliche Aufteilung zu fördern

**Frage:**

*Welche Vorbildrolle soll das Land Baden-Württemberg als öffentlicher Arbeitgeber einnehmen, um flexible Arbeitszeiten, familienfreundliche Arbeitsmodelle und bessere Unterstützungsangebote für Frauen mit Sorgeverantwortung umzusetzen?*

**Antwort:**

Das Land muss Vorreiter für gute Arbeit sein: Wir fordern das Ende von Befristungen im öffentlichen Dienst. Das Land sollte als Arbeitgeber die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich als ersten Schritt einführen, um flexible und familienfreundliche Arbeitszeiten zu ermöglichen. Zudem muss das Land sicherstellen, dass bei gleicher und gleichwertiger Arbeit auch der gleiche Lohn gezahlt wird, und hierbei eine Nachweispflicht für Betriebe und Verwaltungen einführen.